

DIE LINKE

Fraktion im Dresdner Stadtrat



Der Tunnel muss weg – NICHT!

von Jacqueline Muth und Kristin Hofmann

Seit 2013 kämpft die Initiative „Kein Abriss des Fußgängertunnels an der Hauptstraße“ für die Wiedereröffnung des Fußgängertunnels am Neustädter Markt. Er wurde 2013 wegen starker Flutschäden gesperrt und sollte dann mit Fluthilfemitteln saniert werden – Priorität „sehr hoch“.

Im Oktober 2014 startete DIE LINKE im Dresdner Stadtrat die Petition „Drüber und Drunter“, um das Engagement der Initiative im Ortsverband Neustadt zu unterstützen und forderte ihrerseits den Erhalt des Tunnels. Mittlerweile zeigte sich, dass die Stadtverwaltung statt des Wiederauf- den Rückbau des Tunnels vorbereitete und entsprechend abgeändert Fördermittel zu beantragen gedachte. Mit Blick auf den Antragsschluss für Fluthilfemittel im Juni 2015 drängten Verwaltung und eine Mehrheit im Stadtrat auf die zügige Entscheidung. Gerüchteweise sollte eine verbesserte oberirdische Querung mit Fluthilfemitteln die Ertüchtigung des Tunnels als unterirdische Querung vom Landesförderprogramm her abschließen – Gerüchte, die sich nie bestätigten. DIE LINKE blieb bei Ihrer Haltung (Erhalt des Tunnels), konnte sich damit aber nicht durchsetzen.

Gründe für den Erhalt der Unterführung gibt es genügend: nach der Zuschüttung der Querung am Pirnaischen Platz ist der Tunnel nun die letzte unterirdische Querung im Stadtgebiet und damit zugleich ein ansehnliches architektonisches Relikt aus DDR-Zeiten (70er Jahre). Es ist äußerst unwahrscheinlich, dass es



Foto: Anja Schneider

in Dresden noch einmal einen Tunnel in dieser Art geben wird. Auch gibt es etliche Anlieger_innen, die den Tunnel als barrierefrei, kinder- und radfahrerfreundlich als sehr nützlich empfinden. Eine Gruppe von Skateboard-Fahrer_innen nutzen den Tunnel seit langer Zeit bis zur Schließung als regen-geschützten Freiraum zur Freizeitbeschäftigung – sie stehen damit in einer langen Tradition, denn zu DDR-Zeiten gab es hier eine Breakdance- und Skatergruppe, die den gleichen Ort für sich nutzten. Damals war es ein Rückzugsraum für die sehr junge Szene, die kulturpolitisch skeptisch beäugt wurde. Heute ist es ein Rückzugsraum für junge Menschen, die aufgrund von Baumboom in Dresden nur noch

wenige Freiräume finden und permanent verdrängt werden – nun also auch hier.

Die eingangs erwähnte Petition wurde erst im Dezember 2015 im Stadtrat behandelt und – mehrheitlich abgelehnt. Auch hier wieder DIE LINKE in der Minderheit. Lange Verhandlungen und viele kontroverse Presseartikel gingen dem voraus. Mit dem Beschluss ist nun das Schicksal des Tunnels besiegelt, für Juni-Dezember 2016 ist der Abbruch des Bauwerks geplant.

Dass nicht nur verkehrliche sondern auch kulturästhetische Beweggründe hier eine Rolle spielten, diese Vermutung haben nicht nur die Linken, denen das Bauwerk

auch als architektonisches Denkmal sehr am Herzen liegt. Eine Initiative aus der HfBK warb für eine Nachnutzung des unterirdischen Bauwerks – als Raum für Kunst, Kultur und als Kontrapunkt zum barocken Prunk in der Innenstadt. Der Haus&Grund e.V. - mit Sitz auf der Hauptstraße – warb lange Zeit darum, die tatsächliche Überflutungsgefahr am Tunnel noch einmal genauer zu betrachten. Der Verein war nach fachlicher Bewertung zu dem Schluss gekommen, dass eine weitere Überflutung nicht befürchtet werden müsse, sobald das Elbufer an dieser Stelle durch wenige Maßnahmen gesichert werden würde. Anregungen wie diese wurden ebenso überhört wie die Anwohnerproteste.

Jacqueline Muth (Stadträtin für DIE LINKE, u.a. im Bauausschuss):

„Aus stadtplanerischer Sicht halte ich es für einen Fehler, den Tunnel zum jetzigen Zeitpunkt zu verfüllen. Er ist nicht nur praktisch sondern auch besonders. Der Neustädter Markt verliert eine Attraktion und ein Stück seines Charakters, zu dem der Tunnel seit den 70er Jahren definitiv gehört.“

Norbert Engemeier (Stadtrat für DIE LINKE, u.a. im Finanzausschuss):

„Die halbherzige Verfüllung des Tunnels entspricht weder dem Willen der Anwohner, noch ist sie nachhaltig. Es drohen erhebliche Kostensteigerungen ohne Zugewinn für Fußgänger und Radfahrer. Mit weniger Geld hätte man dieses Kleinod erhalten und sanieren können.“

Tassen - eine endlich-(schön)e Geschichte

von Kerstin Wagner

Ende letzten Jahres war in der Sächsischen Zeitung zu lesen, dass die seit zehn Jahren genutzten Striezelmarkt-Tassen durch neue Tassen abgelöst würden. Dafür habe man einen regionalen Hersteller gefunden, die bisherigen Tassen wurden in China hergestellt. Bestandteil des Vertrages mit dem bisherigen Anbieter, der auch die Reinigung der Tassen während der Märkte vorgenommen hat, ist die unsinnig klingende Klausel, nach der die Tassen nach Vertragsende nicht weiter genutzt werden dürfen sondern vernichtet werden müssen. „Nicht mehr alle Tassen im Schrank“ witzelten nicht wenige aufgrund dieser Meldung. Nicht nur aus Sicht des Unternehmers eine unschöne Forderung, auch für potentielle Nutzergruppen und aus ökologischer Sicht



Susann Schollmeyer, Kerstin Wagner, Kathleen Schkade und Mathias Thiele:
 Eine klassische Win-Win-Situation

Foto: Max Kretzschmar

wäre die Vernichtung von Ressourcen keine gutes Signal. Auf das Angebot des Unternehmers, die Tassen wenigstens an nicht kommerzielle Nutzer weiter zu

geben, hat die Stadtverwaltung wochenlang nicht reagiert. An diesem Punkt schalteten sich Kristin Hofmann und Kerstin Wagner ein. Mehrfach telefo-

nierten beide mit Verantwortlichen der Stadtverwaltung - die Frage war: Was muss getan werden, um den Passus des Vertrages aufzuheben, der die Vernichtung der Tassen fordert. Man versprach, sich zu kümmern, wenn wir eine Liste potentieller Abnehmer vorlegen würden. Auch die SZ brachte einen neuen Beitrag. Nur einen Tag später erschien eine Mitteilung der Stadtverwaltung, dass die alten Tassen nun doch abgegeben werden dürfen, nämlich an Vereine, karitative Einrichtungen und Initiativen. Gegen Vorlage eines Gemeinnützigkeitsbescheides werden seit Anfang Januar Tassen abgeholt. Inzwischen sind von den fünfzigtausend Tassen mehr als die Hälfte in neue Hände gewandert. Eine klassische Win-Win-Situation.

Mit diesem Newsletter informiert DIE LINKE. Fraktion gleich im Anschluss an die aktuelle Ratsitzung alle Interessenten per Mail über die wichtigsten Entscheidungen des Stadtrates: www.linke-fraktion-dresden.de/presse/newsletter

Neuigkeiten aus dem Dresdner Stadtrat

Januar 2016

DRUCKSACHE #1

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat · Rathaus · Dr.-Külz-Ring 19 · Zimmer 1/176 · 01067 Dresden · 0351/488-2822 · linke-fraktion@dresden.de · www.linke-fraktion-dresden.de



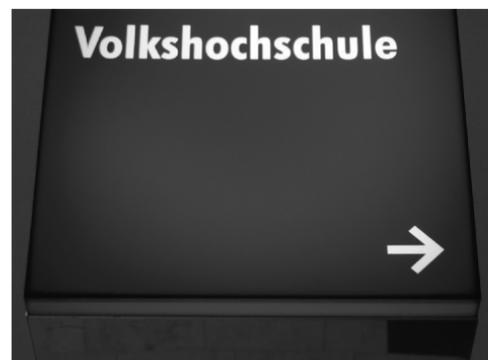
Unmittelbar zu Beginn der Stadtratssitzung zog Dirk Hilbert drei Vorlagen für die Schaffung von Containerstandorten für geflüchtete Menschen zurück - auch auf Druck von Rot-grün-rot. Für **André Schollbach** war es richtig, auf den "sozialen Wohnungsbau zu setzen. Diese Strategie ist nachhaltiger als teure Container, die nur einige Jahre nutzbar wären. Von den Investitionen in den sozialen Wohnungsbau profitieren sowohl Flüchtlinge als auch die Dresdnerinnen und Dresdner."

Dresden: menschenwürdig, gerecht. ROT-GRÜN-ROT HANDELT



Der Stadtrat beschloss auch den Antrag von Rot-grün-rot auf Einführung einer Ombudsstelle beim Jobcenter. Für **Pia Barkow** ein wichtiger Beschluss, denn "jeden Monat gehen beim Jobcenter ungefähr 800 Widersprüche gegen Leistungsbescheide ein. Von diesen Widersprüchen wird etwa jeder dritte zugunsten der Leistungsberechtigten entschieden. Ein Widerspruchsverfahren ist sehr langwierig, bedeutet vor allem für die Betroffenen oftmals eine große Belastung und für das Jobcenter zudem einen großen Bearbeitungsaufwand. Genau diese Situation wollen wir verbessern. Hierzu werden wir eine Ombudsstelle einrichten, die bei Bedarf als

Schlichter eintreten kann. Der Versuch, Unstimmigkeiten durch eine Klärung auszuräumen zu können, bevor ein Widerspruchsverfahren eingeleitet wird, soll damit unternommen werden, um für alle Beteiligten eine Entlastung zu schaffen. Darüber hinaus arbeitet die Ombudsperson sehr eng mit den verschiedenen Beratungsstellen freier Träger zusammen. Alles in allem versprechen wir uns von der Ombudsstelle eine Verbesserung für die Leistungsberechtigten, eine Entlastung für die Angestellten im Jobcenter und im besten Fall eine zumindest in geringem Umfang Senkung der Widerspruchsanträge."



Ein zentraler Standort für die Volkshochschule - dazu hat die Stadt eine Mietausschreibung gestartet. Diese ist Ende 2015 ausgelaufen. Unsere Stadträtin Cornelia Eichner hakte heute nach: "Was ist das Ergebnis der Ausschreibung, insbesondere im Hinblick auf das Herbstsemester 2016?" Antwort von CDU-Bürgermeister Vorjohann: "Allen denkbaren Standorten ist gemein, dass sie ursprünglich nicht als Schule vorgesehen waren. Das wirkt sich auf den ursprünglichen Kaufpreis aus. Da sind wir noch in Verhandlung." Stadträtin Eichner hakte nach: "Wann ist mit einem Umzug zu rechnen?" Antwort Vorjohann: "Ich will jetzt ungern ein Datum nennen." Volkshochschulen bieten Bildungschancen für breite Bevölkerungsschichten. Die Dresdner Volkshochschule gehört ins Zentrum der Stadt. Wir bleiben am Ball.



Der Stadtrat entschied sich heute gegen eine Petition für die Instandsetzung des Tunnels am Neustädter Markt. Die Grünen besiegelten mit den Stimmen von CDU, AfD und FDP damit die Zuschüttung des beliebten Verkehrsweges.

Jacqueline Muth hält das für einen "städteplanerischen Fehler. Die Umgestaltung des Neustädter Marktes ist noch unkonkret, hier hätte der sanierte Tunnel die beste und preiswerteste Übergangslösung sein können. Zahlreiche Dresdnerinnen und Dresdner haben sich aus unterschiedlichsten Gründen für den Erhalt der Fußgängerunterführung eingesetzt und Ideen zum Erhalt und zur Nutzung eingebracht. Irrsinn, eine sichere, praktische und architektur-historisch wertvolle Querung zuzuschütten."

Einrichtung einer Ombudsstelle im Jobcenter

Links wirkt

von Pia Barkow

Nach nochmaligen intensiven Gesprächen und Verhandlungen mit den Geschäftsführern des Jobcenters, der Bundesanstalt für Arbeit und dem Geschäftsbereich unserer Sozialbürgermeisterin Kris Kaufmann konnten wir nun am 21. Januar im Stadtrat die Einrichtung einer Ombudsstelle im Jobcenter beschließen. Nochmalige Gespräche waren notwendig, da insbesondere die Fragen des Zugriffs auf das Datensystem (welches für eine effektive Arbeit unerlässlich ist) und die räumliche Anbindung an das Jobcenter von Seiten der Bundesanstalt in der ursprünglichen Form abgelehnt wurden. Widerstand gegen diese beiden wichtigen Aspekte kam insbesondere vom Geschäftsführer der Bundesanstalt für Arbeit. Nun galt es abzuwägen, ob ein Beschluss gegen die Geschäftsführung aus der Ombudsstelle nicht einen zahnlösen Tiger macht, wenn die Ombudsperson absehbar nur mit Nicht-Kooperation konfrontiert werden würde. Somit haben wir in vielen Runden zusammen gesessen und verhandelt und schließlich eine Möglichkeit gefunden.

Die konkreten Aufgaben der Ombudsstelle werden folgende Bereiche sein:

1. Die Ansprechbarkeit für Leistungsberechtigte, wenn sie ihren Bescheid als

fehlerhaft einschätzen. Monatlich gehen etwa 800 Widersprüche gegen Bescheide des Jobcenters ein – ca. ein Drittel dieser Widersprüche sind berechtigt. Das heißt im Klartext: 800 Personen sehen ihren Leistungsbescheid als fehlerhaft und jede dritte Person hat mit dieser Ansicht recht – trägt aber die Belastung. Denn ein Widerspruchsverfahren ist oftmals sehr langwierig und hat eine Verzögerung der Zahlungen zur Folge, bis über den Widerspruch entschieden wurde.

Das ist nicht weiter verwunderlich, denn die Gesetzeslage im Bereich SGB II ist äußerst komplex und Regelungen für die Bescheidausstellung werden laufend verändert. Entsprechend gehen auch in allen Jobcentern bundesweit monatlich hunderte Widersprüche ein. Dennoch ist die Zahl in Dresden besonders hoch.

Durch die direkte Ansprechbarkeit soll die Ombudsstelle Leistungsberechtigten die Möglichkeit geben, bei Problemen mit Bescheiden schnell und unbürokratisch zu prüfen, ob Unklarheiten im Vorfeld ausgeräumt werden können. Wenn auf diese Weise auch nur einige Wenige solche Widerspruchsverfahren durch eine Klärung im Vorfeld ausgeräumt werden könnten, wäre das für die Betroffenen bereits ein großer Gewinn.

BürgerInnenbeteiligung praktisch: DIE LINKE startete Umfrage zur Alkohol-Verordnung in der Äußeren Neustadt, die Resonanz ist großartig

Läuft?

2007 beschloss der Dresdner Stadtrat den Erlass folgender Polizeiverordnung (Auszüge, §2 und §3):

„Inhabern und Betreibern von Schank- und Speisewirtschaften wird untersagt, in der Nacht von Freitag auf Samstag und in der Nacht von Samstag auf Sonntag zwischen 22:00 Uhr und 05:00 Uhr alkoholische Getränke an jedermann über die Straße abzugeben. [...] Ordnungswidrig im Sinne von § 17 Abs. 1 des Sächsischen Polizeigesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen § 2 alkoholische Getränke abgibt. Diese Ordnungswidrigkeiten können mit einer Geldbuße bis zu 1.000 EUR geahndet werden.“

Wie kam es dazu?

Die Dresdner (Äußere) Neustadt ist als Kneipen- und Ausgehviertel bekannt. Selbst von außerhalb kommen die Gäste und machen – vornehmlich an den Wochenenden – die Nacht zum Tag.

Nicht umsonst ist das „Kneipenviertel“ dafür bekannt, besonders lebendig zu sein mit dem gewissen „Großstadtflair“. Hier findet das Leben in Kneipen und auf der Straße statt, wie man so schön sagt. Das macht die Neustadt besonders und dafür lieben wir sie.

Über die Jahre entglitt dann die Situation. Auf der Alaunstraße, im Alaunpark und an anderen neuralgischen Punkten kam es immer wieder zu nächtlicher Unruhe,



Im Internet kann das Formular online verwendet werden: www.linke-fraktion-dresden.de/service/umfrage/

die für viele als nicht mehr zumutbar empfunden wurde. Als vermeintlicher Höhepunkt wird immer wieder gern die brennende Mülltonne vor dem Kulturclub Scheune (Alaunstraße) zitiert.

Mit dem Zustand waren nicht nur die Anwohner_innen unzufrieden, die sich durch nächtlichen Lärm und morgendlichen Uringeruch im Hauseingang belästigt fühlten. Die Polizei verzeichnete mehr Einsätze, Kneipenbetreiber_innen



Foto: Dr. Klaus-Uwe Gerhardt / pixelio.de

2. Die Ombudsperson wird als direkte Ansprechpartner*in für die vielen Beratungsstellen Freier Träger fungieren. In unseren Besprechungen mit Arbeitsloseninitiativen und Beratungsstellen wurde immer wieder von der Schwierigkeit berichtet, im Verlauf einer Beratung Sachverhalte mit dem Jobcenter zu klären, da sie als externe Instanzen natürlich nicht auf das interne Datennetz zugreifen können. Damit stoßen sie in ihrer Unterstützung für die Betroffenen immer wieder an eine Grenze. Die Ombudsstelle soll diese Lücke nun schließen und – unter Einverständnis der Betroffenen – mit den Beratungsstellen auf kurzem Wege Sachverhalte prüfen können.

3. Und schließlich wird eine wichtige Aufgabe die Dokumentation von häufig auftretenden Problemen. Die Gesetzgebung im SGB II ist sehr komplex, wird häufig verändert und überarbeitet.

Somit ist es vorprogrammiert, dass bei den Bescheiden immer wieder Unklarheiten auftreten. Die Ombudsperson soll für Verbesserungsmöglichkeiten besonders häufig auftretende Probleme dokumentieren – insbesondere diejenigen, die in kommunale Zuständigkeit fallen. Somit sollen in den Bereichen, auf die wir im Stadtrat oder Geschäftsbereich Einfluss nehmen können, Verbesserungen gezielter angeregt und umgesetzt werden.

Das Ziel der Ombudsstelle besteht also darin, eine Verbesserung für die Leistungsberechtigten in Konfliktfällen zu erwirken, die Mitarbeiter*innen des Jobcenters zu entlasten und strukturierter Verbesserungen bei Regelungen und Verfahren in kommunaler Zuständigkeit zu erwirken. Ein zentrales Wahlversprechen wurde mit diesem Beschluss umgesetzt.

und Szenekenner fürchteten um den Ruf des Viertels – die Situation war nur noch mit Mühe unter Kontrolle zu halten. Als eine der Ursachen war rasch der übermäßige Alkoholkonsum ausgemacht, der folglich die Nachtschwärmer enthemmte und in ihrem berauschten Überschwang zu Rücksichtslosigkeiten verleitete. Damit war vermeintlich die Wurzel allen Übels ausgemacht. Der Rückschluss: weniger Alkohol – mehr Ruhe im Viertel.

Der damalige Stadtrat beschloss darum den Erlass der oben zitierte Polizeiverordnung, die nun bald seit 10 Jahren existiert.

Wie hat sie sich ausgewirkt? Immer noch ist das Viertel lebendig, immer noch sitzen die Menschen gern im Freien und diskutieren bis in die Morgenstunden. Mal laut mal leise, das hängt eben vom Thema ab.

Mittlerweile gibt es aus unterschiedlichen Richtungen jedoch den dringenden Wunsch, die „Sperrzeit“ wieder aufzuheben.

Besonders die Spätshopbetreiber leiden unter der Verordnung. Sie fühlen sich in den umsatzstärksten Stunden der Woche um ihren möglichen Profit betrogen. Etlliche Neustädter_innen stärken ihnen den Rücken und fordern ebenfalls die Rücknahme der Verordnung. Für sie gehören die Spätshops zur typischen Neustädter Szene, gerade in den warmen Monaten. Noch dazu sitzen nach Ladenschluss

eben viele gern im Park und auf den Straßen, sie wollen zum Bietrinken nicht auf die Kneipen beschränkt sein. Preiswerter sind die Getränke im „Späti“ außerdem.

Wir wollen daher die Verordnung auf den Prüfstand stellen und fragen: Ist es nun an der Zeit, sie zurückzunehmen? Was hat sie gebracht? War sie wirkungsvoll, hat sie die Probleme gelöst? Oder sind – sollte sie sich als wirksam erwiesen haben – erneut Ruhe und Sauberkeit im Viertel bedroht? Welche Begleitmaßnahmen müssen gegebenenfalls ergriffen werden, um dies zu verhindern? Zusätzlich möchte die Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat erfahren, ob und wie die Dresdner_innen die Veränderungen wahrgenommen haben, ob sie die Beibehaltung der Polizeiverordnung für sinnvoll halten oder nicht und welche Ideen sie vielleicht haben, den befürchteten Missständen auch ohne die allzu restriktive Polizeiverordnung zu begegnen.

Hierfür haben wir per Briefwurfsendung die Haushalte der Äußeren Neustadt und unmittelbar angrenzender Wohnquartiere bestückt. Bis zum 20. Februar 2016 können die Postkarten zurückgesendet oder auch persönlich in der WIR-AG oder im Haus der Begegnung in der Großenhainer Straße 93 abgegeben werden. Wer keine Umfragekarte erhalten hat, kann sich aber auch per Mail an [Umfrage\[at\]dielinke-dresden.de](mailto:Umfrage[at]dielinke-dresden.de) oder per Online-Formular beteiligen.

Willkommenskultur praktisch

Fast 600 Euro für Refugees gespendet

von Rica Gottwald

Jedes Jahr, und das nun schon seit so vielen Jahren, dass niemand mehr genau sagen kann seit wann, lädt der Rote Baum am Weihnachtstag früh pünktlich 9 Uhr zum Kultfilm der Komikergruppe Monty Python's „Das Leben des Brian“ ein. Seit Jahren ist der große Saal so gut gefüllt, dass selbst die Stufen zu Sitzen umfunktioniert werden müssen. Der Film ist eine gelungene Satire auf den Dogmatismus religiöser und politischer Gruppen. Er gibt aber auch all denen, denen der Egoismus und Konsumwahn zu Weihnachten auf die Nerven geht, zwei Stunden Zeit mit Gleichgesinnten Kraft zu tanken um den Wahn zu überstehen. In diesem Jahr nutzte ich als Stadträtin diese Ge-

legenheit, um die Anwesenden um eine Spende für unbegleitete Minderjährige aus Syrien, Eritrea, Afghanistan, Pakistan zu bitten. Anders als im Film baten wir nicht um Weihrauch und Myrrhe, sondern um Geld und Sachspenden und anders als im Film sollten die Geschenke dann auch dableiben und nicht wieder mitgenommen werden. Insgesamt wurden neben Süßigkeiten, selbstgestrickten Schals und Kosmetikartikeln 565 Euro gesammelt und für minderjährige, unbegleitete Flüchtlinge der Asylunterkunft Niedersedlitzer Straße 67 gespendet. Am 24.12. 2016 ab 9 Uhr treffen wir uns wieder in der Schauburg um Spass zu haben und Gutes zu tun.



LINKE-Stadträtin Rica Gottwald und Sebastian Kraska, Leiter der Einrichtung in der Niedersedlitzer Straße
Foto: privat

Festspielhaus Hellerau 1939 bis 1945

Von den Tätern, die Geschichte machten

von Tilo Wirtz

Bereits im Oktober war an dieser Stelle von der faschistisch belasteten Baugeschichte der Seitenflügel des Festspielhauses in Hellerau berichtet worden, die 1938/39 im Zuge der Umnutzung der Reformschule mit Internat in eine Infanterieschule der Polizei errichtet wurden. Infanteristisch ausgebildete Polizeieinheiten waren neben SS- und SD-Einheiten für die praktische Durchführung des Holocaust, also für Massenschießungen von Juden und zivilen Geißeln, für die sogenannte Bandenbekämpfung, für die Bewachung und Räumung von Ghettos und für Deportationen in die Vernichtungslager, kurz, für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantwortlich.

Inzwischen hat der Stadtrat einen Ergänzungsantrag der LINKEN angenommen, in dem der Oberbürgermeister beauftragt wird, die Bau- und Nutzungsgeschichte des Festspielhauses von 1939 bis 1945 wissenschaftlich aufarbeiten zu lassen.

Indes bilden Gebäude und ihre Nutzung den Zeitgeist ab, Gutes und Böses geht aber von Menschen aus, die diese Gebäude mit Leben – oder mit dem Tod – füllen. Deshalb wollen wir uns den Männern zuwenden, die von 1939 bis 1945 in Hellerau wirkten.

Johannes Wirth – Polizeioffizier der zwanziger Jahre und verdeckter „alter Kämpfer“

Johannes Wirth wurde 1896 geboren. Angeblich war er bereits in den zwanziger Jahren Offizier der Schutzpolizei in Dresden. Anlässlich seiner Übernahme von der Polizei in die SS wird über Wirth 1941 geschrieben, dass er bereits 1924 den Frontbann und die SA-Führer in Dresden ausgebildet hat und die „Seele der nationalsozialistischen Propaganda und Organisatin innerhalb der sächsischen Schutzpolizei“ war. „Unermüdllich war er in den eigenen Reihen der Polizei tätig, um mit allen geeigneten Mitteln den Boden für die Macht-



Grafik: Max Kretzschmar

übernahme vorzubereiten.“ Gleichwohl war der Polizeioffizier in den zwanziger Jahren nicht der NSDAP beigetreten, denn es wurde von den „verantwortlichen Stellen der Bewegung in Sachsen für unzumutbar gehalten, daß Herr Major Wirth und gleich die in Dresden unter der unmittelbaren Aufsicht des sächsischen Ministeriums des Inneren tätigen nationalsozialistischen Polizeioffiziere offiziell der Partei beitreten.“ Bis Februar 1945 war Wirth Kommandeur der Kaserne in Hellerau, bevor er mit der letzten hier aufgestellten SS-Division Richtung Ostfront zum Kampfeinsatz bei Christianstadt im damaligen Ost-Brandenburg ausrückte. Kurz vor Kriegsende verliert sich seine Spur. Nach dem Krieg taucht er in Westdeutschland wieder auf. Gibt 1954 sein in den vierziger Jahren aufgelegtes Buch über Polizeitaktik, basierend auf den „Erfahrungen“ der letzten Jahre neu heraus. Sein letztes Lebenszeichen stammt aus dem Magazin Der Spiegel vom 02. April 1968 in einem Artikel über die juristische Verfolgung der Verbrechen der Polizeieinheiten, mit dem Plan „eine Kameradenhilfe, ähnlich wie der Soldatenbund zu gründen“. Selbst wurde Wirth nie belangt. Den meisten Tätern der Polizeieinheiten wird von der Justiz in der Alt-Bundesrepublik die Berufung auf den „Befehlsnotstand“ zugestanden. Seit der mit Christopher Brownings Buch „Ganz normale Män-

ner“ 1993 begonnen Aufarbeitung der Geschichte der Polizeieinheiten wissen wir, dass keinem Angehörigen der Polizeieinheiten, der den Befehl zum Mord verweigerte, etwas geschehen ist, mithin kein Befehlsnotstand vorlag.

Fritz Göhler – das Opfer des Stalins

Nachfolger von Johannes Wirth als Kommandeur der Polizei-Waffenschule Dresden-Hellerau wird im Februar 1945 Fritz Göhler (1897 bis 1995). Geradlinig verläuft sein Lebensweg vom Kriegsfreiwilligen 1914 über das Grenzüjäger-Regiment 24 in Bautzen 1920, den Besuch der Höheren Polizeischule in Eiche bei Potsdam zum Lehr- und Ausbildungsoffizier an der Sächsischen Polizeischule in Meißen von 1923 bis 1943 in die Mordmaschine der Nazis. 1942/43 ist er Regimentskommandeur des Polizeiregimentes 5 in Belgrad. In jene Zeit fällt zumindest zwischen März und August 1943 die Eskortierung des Transportes von 45.000 Juden aus Saloniki nach Auschwitz durch Teile dieses Regimentes. Insbesondere das Polizeibataillon 64 dieses Regimentes bewachte das KZ Sajmiste und war an Exekutionen von Juden dort beteiligt.

In der sowjetisch besetzten Zone wird Göhler 1946 in Buchenwald gefangen gehalten und 1950 in Waldheim für Aus-

schreitungen bei der „Bandenbekämpfung“ in Jugoslawien wegen Beihilfe zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt. 1954 begnadigt reist er 1956 in die BRD aus. Er wird „offiziell Bundesbeauftragter des Waldheim-Kameradschaftskreises in Neuss, Herausgeber des Bundesnachrichtenblattes des Waldheim-Kameradschaftskreises, Verwalter der Willy-Colditz-/Dr.-Wilhelm-Rode-Stiftung, Beauftragter des Waldheim-Kameradschaftskreises Nordrhein-Westfalen, 2. Vorsitzender des Verbands der Sowjetzonen-Flüchtlinge, Tätigkeit im Anerkennungsausschuss für Flüchtlinge, im Kreisvertriebenenrat und im Lastenausgleichsausschuss der Stadt Neuss“, wie das Bundesarchiv zu berichten weiß.

Das Bezirksgericht Dresden rehabilitiert ihn 1991. Zwei Jahre später beginnt die systematische Aufarbeitung der Verbrechen der Polizeieinheiten, initiiert durch einen amerikanischen Historiker.

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
V.i.S.d.P. André Schollbach
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeit an dieser Ausgabe: Jacqueline Muth, Kristin Hofmann, Tilo Wirtz, Kerstin Wagner, Rica Gottwald, Pia Barkow, Thomas Feske
Fotos: pixelio.de, Max Kretzschmar
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: Mittwoch, 24.02.2016
Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei Cottbus
Auflage dieser Ausgabe: 6.000 Exemplare
Vertrieb: Schneller ist besser!
Logistik GmbH - Siblog